

Gießener Allgemeine vom 11.11.2010

»Tiefe Verachtung für sozialstaatliches Handeln«

Träger örtlicher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik kritisieren Sparpläne von Bund und Land – Appell an Abgeordnete

Gießen (rüg). Sollten die einschneidenden Mittelkürzungen durch die Sparpakete von Bund und Land Wirklichkeit werden, sehen die Zukunftsaussichten für die Ausbildung und Qualifikation sozial Benachteiligter düster aus. Diese Einschätzung äußerten Vertreter der Träger örtlicher Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik im Rahmen eines Pressegesprächs

Auf Grund der zu erwartenden Kürzungen der Bundes- und Landesmittel 2011, so Oßwald, sei ein drastischer Verlust wertvoller örtlicher Angebote und Strukturen zu befürchten: »Allein das Eingliederungsangebot des Gießener Jobcenters wird dabei um rund 34 Prozent gegenüber dem Vorjahr verringert.« Dies treffe besonders die Langzeitarbeitslosen (8000 im Landkreis Gießen, mit Familien 20 000 Betroffene), sozial- und einkommensschwache Familien im Landkreis und nicht zuletzt die Institutionen, die in diesem Bereich tätig sind.

Der Bund wolle beispielsweise die Eingliederungshilfen im nächsten Jahr gegenüber 2010 von 11 auf 8 Milliarden Euro verringern. Für die GIAG in Gießen bedeute dies eine Reduzierung der Gelder von 17 auf 12 Millionen Euro. Weitere Einsparungen seien in den Folgejahren zu erwarten. Bedenke man, dass durch bei den Maßnahmen, die längerfristig angelegt sind, schon Mittel gebunden sind, blieben für 2011 nur noch 3 Millionen Euro zur freien Verfügung, rechnete Oßwald vor. Letztlich würden damit Politiker-Aussagen, den Fachkräftemangel aus dem Potenzial im eigenen Land zu beheben, konterkariert. Da diese Sparpläne jedoch noch in der politischen Diskussion seien, »ist die Hoffnung noch nicht ganz gestorben«.

»Nichts ist gut mit Blick auf Ausbildung und Qualifikation«, meinte Dr. Wolfgang Gern, Vorstandsvorsitzender der Diakonischen Werke und Vorsitzender der Armutskonferenz. Er appellierte an die Öffentlichkeit, »das Ruder herumzureißen«. Gern verwies auf die Jugendwerkstatt Gießen, die schon drei Arbeitsfelder (Forst, Wächendienst, Renovierung und Gestaltung) schließen musste. Damit reduziere sich die Zahl der Ausbildungsplätze. Von 100 Plätzen in diesem Jahr blieben nach den angekündigten Kürzungen nur noch 15 übrig. »Das bedroht den Kern der Jugendwerkstatt«, so Dr. Gern. Der drohende Wegfall von Recycling, Möbel, Fahrradwerkstatt, so-

am Mittwoch in der Jugendwerkstatt Gießen. So befürchtet Erster Kreisbeigeordneter und Sozialdezernent Dirk Oßwald, dass langfristig angelegte Sozialstrukturen massiv gefährdet seien: »Sie werden kurzfristig zerschlagen und können so schnell nicht wieder aufgebaut werden.« Und: »Wir befürchten einen Kahlschlag!«



Die Fahrradwerkstatt der Jugendwerkstatt Gießen: Auch ihr droht infolge der Sparpläne von Bund und Land das Aus. (Foto: Archiv)

zialen und ökologischen Dienstleistungen bedeute das »Aus von Qualifikation und Ausbildung junger Menschen«. Gern übte scharfe Kritik an den Sparmaßnahmen von Bund und Land: »Damit ist eine tiefe Verachtung für sozialstaatliches Handeln hier vor Ort verbunden.«

Diese Einschätzung teilt auch Wolfgang Balsler, Vorsitzender der Jugendwerkstatt. Diese Einrichtung biete Menschen Chancen und Perspektiven, Jugendliche könnten Entwicklungsrückstände ausgleichen und eine Berufsausbildung mit normalem Kammerabschluss erreichen. Sie

würden in die Lage versetzt, ihr Leben selbst zu finanzieren und von öffentlicher Alimentierung unabhängig zu werden. Dies würde, so Balsler, durch die Sparmaßnahmen »abgeschnitten« – mit negativen sozialen und volkswirtschaftlichen Folgen.

Gravierend würde dies den Ostkreis treffen: Die Umweltwerkstatt/Lernwerkstatt Bahnhof Laubach erhält 97 000 Euro Förderung aus dem Programm »Qualifizierung und Beschäftigung junger Menschen« für 14 Plätze. Diese würden komplett wegfallen: »Wir müssen die Werkstatt schließen, wenn sich nichts ändert«, stellte Ralf Findhammer, Bereichsleiter beim Internationalen Bund (IB) fest, der Träger der Einrichtung ist.

Bei ZAUG seien schon von 2009 auf 2010 die Plätze um 100 Prozent reduziert worden. Bei weiteren Kürzungen stünden alle Beschäftigungsprojekte zur Disposition, bestätigte Geschäftsführerin Monika Neumaier. Das betreffe auch die Schulverpflegung und den kindgerechten Mittagstisch. ZAUG liefere täglich rund 2500 Essen aus. Und damit sei die allseits gewünschte Ganztagsbetreuung massiv gefährdet, ergänzte Kreissozialdezernent Oßwald.

»Die Menschen fühlen sich nicht mehr wahr genommen, sondern abgestellt«, kritisierte Annette Maiwald-Boehm (Gesellschaft für Integration, Jugend und Berufsbildung). Von 25 Mitarbeitern seien bislang schon sieben infolge von Sparmaßnahmen entlassen worden. Bei den Sparpaketen von Bund und Land seien die Folgen noch nicht absehbar, die Spanne der Entlassungen liege »zwischen null und 18.«

Jetzt sollen die Bundestags- und Landtagsabgeordneten eingeschaltet werden. Ihnen müsse man deutlich machen, welche Folgen ihre Beschlüsse hätten, erklärte Dr. Gern. Man sei zu einem echten Dialog bereit, um Vorschläge einzubringen, »aber wir wollen uns nichts senkrecht von oben nach unten vorschreiben lassen. Wir wollen einen Dialog auf Augenhöhe.«